

Walter Momper

»Berlin, nun freue dich!«

*Mein Herbst 1989*

Das Neue Berlin

Sämtliche Inhalte, Fotos, Texte und Graphiken dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

## Impressum

ISBN 978-3-360-02180-9

© 2014 Das Neue Berlin, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin, unter Verwendung eines Motivs von picture alliance/Wolfgang Kumm

Fotos: Archiv Peter Brinkmann S. 217; Archiv Erich Hahn S. 43, Archiv Hans Modrow S. 232, 237, 246; Archiv edition ost S. 49, 103, 116, 122, 131, 161, 185, 396

Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft mbH  
Neue Grünstra. e 18, D-10179 Berlin

Die Bücher des Verlags Das Neue Berlin  
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe.

[www.eulenspiegel-verlagsgruppe.de](http://www.eulenspiegel-verlagsgruppe.de)

# Inhalt

Wahrheit hat viele Seiten . . . . .	5
Wetterleuchten im Osten . . . . .	26
Öffnung und Abschottung . . . . .	30
Die beste DDR der Welt . . . . .	35
Der starrsinnige alte Mann . . . . .	45
Nichts wie weg hier! . . . . .	61
Die West-Decke ist zu kurz . . . . .	73
Auf die Straße! . . . . .	79
Die Haltung der Sowjets . . . . .	87
Vierzig Jahre DDR . . . . .	90
Leipzig macht Mut . . . . .	95
Götterdämmerung . . . . .	100
Ankündigung mit Folgen . . . . .	108
Die Straße hat die Macht! . . . . .	120
Schicksalsort Botschaft . . . . .	123
Reisegesetz ohne Freiheit . . . . .	129
Reisefreiheit ohne Gesetz . . . . .	134
Glückliches Volk . . . . .	152
»Die Geschichte macht einen Sprung« . . . . .	163
Helmut Kohl: »Lenin spricht, Lenin spricht!« . . . . .	170
Der erste Tag im Westen . . . . .	183
Heimkehr nach Potsdam . . . . .	187
Letzte Hoffnung der SED . . . . .	195
Wandlitz . . . . .	207
Staatspartei vor dem Ende . . . . .	214
Protest ohne Perspektive . . . . .	219
Die Siegermächte melden sich zurück . . . . .	227
Ministerpräsident ohne Basis . . . . .	234
Öffnung eines Symbols . . . . .	242
Weihnachten und Silvester . . . . .	250
Die SED sucht Halt . . . . .	253
»Stasi in die Produktion« . . . . .	257
Ende der alternativen Idylle . . . . .	272

Zug fährt in Richtung Einheit .....	275
Schwesterpartei im Osten .....	281
Reise nach Paris und London .....	286
SPD-Parteitag in Ostberlin .....	296
Schlechtes Klima zwischen Rot und Grün .....	299
Eine brisante Bitte .....	302
Mit dem Rücken zur Wand .....	309
Reise nach Washington .....	312
Gebrochenes Kanzlerwort .....	321
Wie die CDU in der DDR Punkte macht .....	323
Die Juden und die deutsche Einheit .....	337
Ein Tabu fällt .....	343
Ein gigantisches Experiment .....	346
Schwierzomper und der Magisenat .....	356
Historische Sitzung .....	373
Das Ja der Sowjetunion und sein Preis .....	376
West-Elbien gegen Ost-Elbien .....	381
Hauptstadt Berlin .....	384
Freude statt Triumph .....	390

# Wahrheit hat viele Seiten

*Walter Momper, Jahrgang 1945, in Niedersachsen geboren und aufgewachsen, Mitglied der SPD mit 22, Studium in Münster, München und Berlin (Politische Wissenschaften, Geschichte und Volkswirtschaft). Seit 1969 in Berlin tätig, zunächst bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, dann als Geschäftsführer der Historischen Kommission zu Berlin. Von 1986 bis 1992 Landesvorsitzender der Berliner SPD, von März 1989 bis Januar 1991 Regierender Bürgermeister. Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses von 2001 bis 2011.*

*Sie sind seit geraumer Zeit das, was man einen Politrentner nennt. Was machen Sie derzeit, Herr Momper?*

Ich habe in der Tat keine politischen Ämter mehr und muss mich nicht jeden Tag ins Getümmel stürzen, was ich als sehr angenehm empfinde. Ich habe viel freie Zeit, die meine Frau Anne, meine Töchter Alexandra und Friederike und ich fast vierzig Jahre schmerzlich vermissten, und die ich genieße. Ansonsten arbeite ich in meinem bürgerlichen Beruf, den ich seit fast zwanzig Jahren ausübe: als Projektentwickler. Mein Unternehmen betreut vornehmlich Einzelhandelsobjekte, wir kümmern uns insbesondere um die Genehmigungsverfahren.

*Mit dieser Absage an die Politik fallen Sie aber aus der Norm. Die meisten Politiker trennen sich nur schwer von ihrem Amt. Waren Sie ein anderer Politikertyp?*

Vielleicht. Ich war 33 Jahre im Berliner Abgeordnetenhaus. Das reichte dann auch. Da kommt nicht mehr wirklich Neues. Außerdem hatte ich als Regierender Bürgermeister und als Parlamentspräsident die beiden höchsten Ämter, die das Land Berlin zu bieten hat: Darüber gibt es nichts mehr. Zugegeben, ich wäre gern länger Regierender Bürgermeister gewesen, aber das ist wirklich der einzige Wunsch – so ich denn diesbezüglich Wünsche gehabt haben sollte –, welcher sich nicht erfüllte.

Furcht vor der Zeit ohne Politik hatte ich nie, ich wusste immer, was ich mit meiner freien Zeit anfangen würde. Wenn mir nichts eingefallen wäre, hätte ich mich mit meinen Briefmarken beschäftigt, die ich seit vierzig Jahren in einem Schuhkarton sammelte. Es hatten sich auch viele Bücher angestaut, die ich unbedingt noch lesen will. Zudem haben wir einen Garten, in dem es immer etwas zu tun gibt. Meine Frau und ich hatten uns ein paar Reisen vorgenommen, keine Weltreisen oder so etwas, sondern wir wollten bestimmte Regionen in Europa besuchen. Auch in Deutschland haben wir noch viele Ziele. Erst unlängst waren wir mit britischen Freunden fast einen Monat streng nach Plan unterwegs. Täglich haben wir zwei, drei historisch interessante Orte aufgesucht: vom Brocken und Wernigerode über Leipzig, Weimar, Würzburg, München ...

*In Berlin, sagten Sie, hätten Sie alles erreicht. Die Bundesebene hat Sie nicht interessiert?*

Nein. Ich hatte nie bundespolitische Ambitionen. Mich drängte es nicht einmal, in den Deutschen Bundestag zu gehen. Es genügte mir, Stadtpolitik – die ja in Berlin Landespolitik ist – zu machen. Als Regierungschef war ich außerdem bereits bundespolitisch präsent.

*Sie lieben Berlin, obwohl hier nicht geboren und aufgewachsen.*

Die wahren Berliner sind die Zugezogenen, weil sie sich bewusst zu dieser Stadt bekannt haben.

*Man sagt, dass man Berlin entweder liebt oder hasst, dazwischen gäbe es nichts. Entweder – oder.*

Naja, die meisten lieben die Stadt wohl doch. Viele der Bonner, die zwangsweise nach Berlin mussten, haben mir später gestanden, mit wie vielen Vorbehalten sie hierher kamen.

*Diese Zuneigung der Westdeutschen hat sich allerdings sehr langsam entwickelt.*

Gewiss. Dass es aber geschah, lag im Wesentlichen an den Berlinern. Man bekommt leicht Kontakt zu ihnen, und zwar in allen Bereichen, nicht nur in der eigenen sozialen Schicht, wie das etwa in Hamburg oder Düsseldorf stark ausgeprägt ist. Die

Westdeutschen stießen auf eine offene Gesellschaft, die sie so nicht kannten. Die meisten fanden das gut. Ganz abgesehen davon, dass die Stadt und ihre Umgebung sehr schön sind.

*Am 20. August 1991 entschied der Bundestag in Bonn über die Hauptstadtfrage: Sollte Berlin Sitz der Bundesregierung und des Parlaments werden, oder sollte alles so bleiben, wie es war? Im Kern ging es allerdings um die Glaubwürdigkeit der politischen Klasse der alten Bundesrepublik. Jahrzehntlang war die deutsche Einheit mit der Hauptstadt Berlin postuliert worden, wohl wissend, dass dies bei deutscher Zweistaatlichkeit allenfalls ein wohlfeiles Lippenbekenntnis war, was keinerlei Folgen hatte. Nun aber konnte die Gretchenfrage westdeutscher Politik nicht nur wie gewohnt gestellt, sie musste beantwortet werden.*

Es war eine Zitterpartie. In der Lobby wurde schwer gearbeitet. Insbesondere Nordrhein-Westfalen war entschieden gegen Berlin. Wie Wanderprediger sind die Berliner Sozialdemokraten dort unterwegs gewesen.

*Was waren die Gründe für die massive Ablehnung?*

Reiner Lobbyismus. Bonn lag auf dem Territorium von NRW, tief im reichen, wohlhabenden Westen, und dort sollte auch das politische Zentrum der Bundesrepublik Deutschland für immer bleiben. Neben allen anderen Gründen, die für Berlin sprachen: Das beschauliche Bonn am Rhein war, bei allem Respekt, Provinz, und das als Hauptstadt eines nicht unbedeutenden Staates in Zentraleuropa? Unvorstellbar. Die Metropole Berlin hätte, wenn die Ablehnung durchgekommen wäre, gewiss ihre eigene Sogkraft entfaltet, aber die Entwicklung hätte viel, viel länger gedauert als nach dieser dann getroffenen Entscheidung für Berlin.

*Was Sie als Lobbyismus bezeichnen, könnte man auch egoistische Länderinteressen nennen, die weder etwas mit der regierenden Partei noch mit gesamtdeutschen Interessen zu tun hatten. Da gab es keine Unterschiede zwischen Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen und den Konservativen in Bayern oder Baden-Württemberg. Das muss doch einem Sozialdemokraten wie Ihnen besonders sauer aufgestoßen sein.*

Tat es auch. Die in Nordrhein-Westfalen waren da knallhart. Die haben uns in Berlin doch schon während der Verhandlungen 1990 mit der DDR, also noch vor Herstellung der deutschen Einheit, austricksen wollen. Hinter unserem Rücken haben sie versucht, in den Verträgen eine Berlin-Klausel unterzubringen, die gegen uns gerichtet war. Also mit der Maßgabe: Berlin ist die repräsentative Hauptstadt, aber in Bonn spielt die Musik! Dafür haben sie mit den Schwarzen gekungelt, was selbst Schäuble zu viel war. Der ist zu uns Berliner Sozialdemokraten gekommen und hat gewarnt: »Passt auf, eure Genossen versuchen, euch zu beschießen.« Da war geradezu abenteuerlich, was da hinter den Kulissen abgelaufen ist.

Nach dem Grundgesetz hatte jedes Land im Bundesrat mindestens drei Stimmen, Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohnern hatten vier, und Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohnern fünf Stimmen. Die großen westlichen Länder Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit zusammen zwanzig Stimmen fürchteten, dass ihre Stellung durch das Hinzukommen der fünf neuen Länder, die es zusammen ebenfalls auf zwanzig Stimmen bringen würden, geschwächt werden könnte und sie ihre Sperrminorität gegen Verfassungsänderungen, zum Beispiel gegen eine Änderung der Finanzverfassung, verlieren könnten. Sie schlugen darum vor, Nordrhein-Westfalen acht und Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen je sieben Sitze zu geben. Damit hätten sie sehr an politischem Gewicht gewonnen und sich eine Sperrminorität in der Länderkammer gesichert, diese Möglichkeit aber zugleich den neuen Bundesländern genommen. Gegen die Stimme Berlins und anderer kleinerer Länder brachten sie einen Gesetzentwurf für eine entsprechende Verfassungsänderung ein. Es wurde versucht, *vor* dem Beitritt der neuen Länder schnell noch Fakten zu schaffen.

Ich empfand dies als eine skandalöse Abschottung gegenüber den Ländern Ostdeutschlands. »Ich sehe schon vor mir, dass bald Ost-Elbien gegen West-Elbien steht«, sagte ich damals auf einer Pressekonferenz. Gegenüber den kleineren westdeutschen Ländern, die zusammen im Bundesrat auch über eine Sperrminorität verfügten, hatte es einen solchen Versuch der Ausgrenzung nie gegeben. Bis zuletzt wurde über den neuen Vertei-



lungsschlüssel gepokert. Am Ende stimmte auch ich notgedrungen einem Kompromiss zu, der mit der Erhöhung auf sechs Stimmen für die großen Länder etwas maßvoller war ... Ich habe Johannes Rau, damals Ministerpräsident in NRW, klar gesagt: Ich beuge mich eurer Erpressung!

*Das war, mit Verlaub, sehr sozialdemokratisch ... Das Stänkern gegen die kleinen Länder im Osten einschließlich Berlin hat bis heute nicht aufgehört. Die Forderung nach Überprüfung des Länderfinanzausgleichs wird mit steter Regelmäßigkeit insbesondere in Bayern und NRW immer wieder erhoben.*

Ich ärgere mich besonders über die in Nordrhein-Westfalen. Sie haben Brandenburg von Anfang an wie ihre Kolonie behandelt. Rau hat Einfluss genommen bis hin zur Besetzung des Persönlichen Referenten des Ministerpräsidenten in Potsdam. Selbst der musste aus NRW kommen, der dafür vorgesehene Beamte aus der Senatskanzlei in Berlin wurde in Düsseldorf abgelehnt. Es wurde die zweite und dritte Garnitur aus NRW, die dort nichts geworden war, nach Brandenburg abkommandiert. Das erklärt auch die Qualität des Personals in Brandenburg und ist ein Teil der Antwort auf die Frage, warum es mit der Fusion von Brandenburg und Berlin nicht klappte. Das hängt mit den frühen Jahren und der Berlin-Entscheidung des Bundestages zusammen, es war gleichsam die späte Rache.

*Platzcek, zwölf Jahre Regierungschef in Brandenburg, bezog stets Prügel, wenn er öffentlich dieses Thema ansprach. 2010, zum 20. Jahrestag des Beitritts, schrieb er in einem Essay im Spiegel gar von »Anschluss«. Die westdeutsche »Anschlusshaltung« sei verantwortlich für viele Verwerfungen nach dem Ende der DDR. Damals sei »auf einen schnellen Anschluss statt gleichberechtigter Vereinigung« gedrängt worden.*

Auch er hatte seine Erfahrungen gemacht.

*Und Ihre eigenen?*

Wir, also Berlin und die DDR im Übergang, bildeten, nachdem ich mich am 12. Dezember 1989 mit Ministerpräsident Modrow getroffen hatte, einen provisorischen Regionalausschuss. Das war eine tolle Konstruktion. Dort saßen Berlin und

die angrenzenden Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder zusammen und besprachen die grenzüberschreitende Kooperation. Das haben sie uns untersagt. In Brandenburg suggerierten sie, Berlin habe die Absicht, ihnen die Zähne zu ziehen, um es dann widerstandslos übernehmen zu können. Völliger Blödsinn.

*Wer hat den Regionalausschuss sterben lassen bzw. wer machte diese Anti-Berlin-Stimmung in Brandenburg?*

Vornehmlich die eingeflogenen »Berater« aus NRW.

*Die damit eigene Interessen verfolgten.*

Natürlich. Die Landesplanung Brandenburgs, etwa der keilförmige Zuschnitt der Kreise rings um Berlin, war von der Absicht getragen, Berlin »einzukreisen«. Sie haben das damit begründet, dass möglichst viele Kreise in den »Speckgürtel« um Berlin ragen und damit insgesamt davon profitieren sollten. Das war von Anfang an Unsinn, weil klar war, dass das eintreten würde, was eingetreten ist: Die abgelegeneren Regionen in diesen Kreisen werden vernachlässigt und entvölkern sich. Folglich fand auch keine gleichmäßige Entwicklung des Landes statt. Daran leidet Brandenburg unverändert.

*Es handelte sich, wenn es denn keine politische Dummheit war, um eine vorsätzliche Schwächung des Ostlandes Brandenburg?*

Diese Feststellung ist sicherlich eine polemische Zuspitzung, aber nicht falsch.

*Sie waren doch in einer Partei. Vorsitzender der SPD war damals Willy Brandt, als Regierender Bürgermeister einst Ihr Vorgänger im Rathaus Schöneberg. Warum sind Sie nicht mal zu ihm gegangen und haben gesagt: Willy, so geht das nicht!*

Natürlich haben wir das in der Partei diskutiert, es ist auch an Willy herangetragen worden. Doch der schwebte über den Dingen, und gegen Rau und die Genossen in Nordrhein-Westfalen kam auch er nicht an.

Aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht alle Genossen aus NRW in einen Topf werfen, es gab dort keine geschlossene Fronde gegen Berlin und gegen den Osten. Viele Oberbürgermeister und Funktionäre aus dem Ruhrpott waren für Berlin,

es gab dort vergleichbare Sozialstrukturen, eine vergleichbare Mentalität, man hatte durch den Bergbau polnische, also osteuropäische Wurzeln. Vornehmlich die Bonner und die Rheinländer, und dort die Sozialdemokraten fast noch mehr als die Konservativen, machten Front wie die Separatisten vor hundert Jahren.

Angeblich störte sie das Großkotzige an Berlin, der vermeintliche Rückfall ins Wilhelminische Zeitalter, der verhindert werden sollte. Das vielleicht einzig Großkotzige sind das Bundeskanzleramt und die Parlamentsbauten, und die hat Helmut Kohl aus Rheinland-Pfalz verantwortet. Wenn man genau hinschaut: Berlin war und ist doch eher ein bescheidener Stadtstaat, der keineswegs auf den Pudding haut und seit Jahren damit beschäftigt ist, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Reiche Länder wie Baden-Württemberg und Bayern, die jahrzehntelang vom Länder-Finanzausgleich profitiert haben, woran sie sich heute nicht mehr erinnern wollen, möchten nunmehr Berlin und den ostdeutschen Ländern nicht mehr unter die Arme greifen. Dieser Egoismus nervt mich.

*Wir reden immer noch über die Berlin-Entscheidung von 1991. Wenn man das alles hört, kommt man zum Schluss: Im Westen hatte man mit der deutschen Einheit nichts am Hut.*

Die Länderinteressen waren dort größer als das Interesse an der nationalen Frage. Für NRW und dessen Ministerpräsidenten muss man das so sagen. Das war wirklich alles sehr kleinkariert und hatte auch nicht die Spur mit Europa zu tun, in das man Deutschland als Ganzes einbetten wollte, womit sich – so die Argumentation – alle nationalen Fragen angeblich von selbst erledigten. Tatsächlich fürchtete NRW, an die Peripherie gedrängt zu werden. Ich habe es damals gesagt und die Entwicklung bestätigte meine Prognose, dass die Rheinschiene von der europäischen Entwicklung – die maßgeblich von Berlin aus befördert wird – profitieren werde. Dort fielen mitnichten die Grundstückspreise, im Gegenteil. Bonn schwimmt geradezu im Wohlstand, es gibt dort vier oder fünf DAX-Betriebe – Berlin hat heute nicht einen einzigen!

Ich werfe den Westdeutschen nicht mangelnde Fantasie vor, wenn sie sich damals kein vereintes Deutschland vorstellen

konnten. Vor allem den jüngeren nicht, die unter den Bedingungen der deutschen Zweistaatlichkeit aufgewachsen sind. Ich traf im Bundestag auf Abgeordnete, die sich vor einem *anderen*, nicht nur vor einem größeren Deutschland fürchteten. Sie meinten, mit der Hauptstadtfrage, also bei einer Entscheidung für Berlin, für eine andere Politik zu stimmen, die sie nicht wollten. Also nicht fehlende Fantasie, sondern fehlender Mut.

*Und was bewirkte ein Umdenken?*

Das war ein langer Prozess. Viele Westdeutsche besuchten Berlin und fanden nicht den abstoßenden Moloch vor, von dem sie lasen oder hörten. Wenn sie dann daheim auf Politiker trafen, die Anti-Berlin-Reden hielten, tippten sie sich an die Stirn und sagten: Du hast sie ja nicht alle. Ich denke, dass sich dadurch mehr Realitätssinn auch in der Politik durchsetzte.

*Nun ja, Untersuchungen ergaben, dass jeder fünfte Westdeutsche noch nie Berlin und den Osten besucht hat, jeder zweite war nur sehr selten dort.*

Mag sein. Aber ich glaube schon, dass die Entdeckung des Ostens bei der Mehrheit des westdeutschen Wahlvolks positive Wirkung zeitigte. Das Volk ist dort weiter als die Politiker.

*1990, also noch vor der Berlin-Entscheidung, waren Bundestagswahlen. Spitzenkandidat der SPD war Lafontaine. Ihm wurde damals (und auch später) unterstellt, er sei gegen die Einheit.*

Unsinn, Oskar Lafontaine war für die Einheit. Er konnte sich allerdings mit Recht nicht vorstellen, dass die Zweistaatlichkeit und das Denken in diesem West-Ost-Raster sich faktisch über Nacht erledigen würden. Den Menschen etwa im Saarland stand Frankreich näher als die DDR, was primär keine politische, sondern eine geografische Frage war. Aber Oskar betrachtete das Problem als ein rein wirtschaftliches. Er sprach davon, dass uns die Einheit eine Milliarde D-Mark kosten würde (womit er weit unter den tatsächlichen Kosten lag, aber diese eine Milliarde schreckte bereits viele Westdeutsche). Oskar sah das alles völlig technizistisch, wollte das Territorium der DDR als ein Wirtschaftsgebiet, als eine Art Sonderzone entwickeln. Dabei verkannte er die Lage völlig. In der Berliner Bevölkerung

bekam man keine Mehrheit mehr für Grenzen und Zollschranken und dergleichen, bei den Ostdeutschen ebenfalls nicht. Kein Grenzsoldat wäre bereit gewesen, irgendwelche Kofferräume zu kontrollieren.

*War Lafontaine als Wessi ebenfalls gegen eine Hauptstadt Berlin?*

Wir beide haben uns wegen vieler Fragen 1989/90 gestritten, und ich lief Gefahr in Verdacht zu geraten, ich wolle ihn als Kanzlerkandidat der SPD verdrängen. Oskar war nach seinem grandiosen Wahlsieg im Saarland mit über 54 Prozent Anfang 1990 vom Vorstand als Kanzlerkandidat benannt worden, und nach dem Attentat am 25. April 1990 wurde ich schon als sein Nachfolger gehandelt, weil ich in Berlin doch dichter an der DDR sei. Aber ich wollte das nicht, schon gar nicht unter diesen Umständen. Zudem rückten in den folgenden Wochen Lafontaine wie auch die SPD-Führung von ihrem Kurs ab, alles infrage zu stellen, was Kohl machte. Es gab harte Auseinandersetzungen etwa mit der Fraktion und Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, die rascher begriffen hatten als Oskar Lafontaine, wohin die Reise ging. Nach dem Attentat schien es ihm auch egal, er war nicht mehr derselbe. Aber das Etikett, dass er gegen die Einheit gewesen sei, was nicht zutraf, haftet ihm bis heute an.

*Worauf führen Sie die Aversion gegen den Osten insbesondere bei den jungen und jüngeren Westdeutschen zurück? Ist das eine Mentalitäts- oder eine Erziehungsfrage?*

Ich glaube, sie dachten mehr europäisch.

*Das dachte man in der DDR auch. Allerdings war für die Ostdeutschen Europa erst am Ural zu Ende, für die Westdeutschen bereits am Harz.*

Stimmt. Aber es gab ja kaum Möglichkeiten, vernünftig durch die DDR zu reisen. Vernünftig meint: so einfach und unkompliziert, wie man als Bundesbürger oder Westberliner durch Westeuropa reisen konnte. Man reiste doch nur in die DDR, wenn man Verwandte hatte. Oder Freunde. Aber das betraf eher wenige, und selbst die betrachteten die DDR als Sicherheitsrisiko. Als ich mich 1989 mit Honecker traf, sagte

ich ihm, dass sich die meisten Westberliner weniger über die Grenze aufregten als darüber, dass sie nicht mit dem Fahrrad in die DDR dürften. Aber insgesamt, da haben Sie recht, hatten die meisten Westdeutschen keine Beziehung zu diesem anderen Deutschland, zur Geschichte dieser Region, zur Kultur dort, zu den Kunstschatzen in den vielen Museen und so weiter. Bei den Westberlinern war das ein wenig anders. Das hing mit der Lage der Stadt und deren Geschichte zusammen. Und sie hatten, nicht zu vergessen, Ostfernsehen.

Meine und die nachfolgende Generation wuchs doch mit der Vorstellung auf: Den deutschen Nationalstaat gibt es nicht mehr, wir, also die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin, wollen ein einiges Europa, in das die deutsche Nation eingebettet ist. Die DDR war aus unserer Perspektive ein kleiner Staat, der sich nach Westen abschottete. Ich will das jetzt weder moralisch noch politisch bewerten: Es war eben so. Selbst wenn eine Schulklasse mal eine Klassenfahrt in die DDR machen wollte, ging das nicht.

Die Westintegration der Westdeutschen war darum stärker als die Ostintegration der Ostdeutschen, was m. E. auch deren stärkeres Festhalten am Nationalen und das Interesse am anderen Teil Deutschlands, also der BRD, erklärte.

*Zurück zum Hauptstadtbeschluss im Bonner Bundestag. Die Entscheidung fiel mit 338 zu 320 Stimmen denkbar knapp für Berlin aus. Mancher der damals Unterlegenen leckt sich noch immer die Wunden. Und nicht nur, weil die entscheidenden Stimmen von den 18 Abgeordneten der PDS kamen ...*

Ich halte es für einen Skandal, dass die Bundesregierung de facto mehrheitlich noch immer in Bonn sitzt. Von den etwa 25.000 Beamten und Angestellten ist erst die Hälfte in Berlin. Allein das Verteidigungsministerium hat noch rund 6.000 Mitarbeiter in Bonn. Alle politischen Institutionen sind in Berlin, hier wird operativ gearbeitet und entschieden. Niemand sollte doch eigentlich Beamter 2. Klasse am Rhein sein, was sie alle objektiv sind. Was machen die da? Allein 300 Mitarbeiter vom Bundespresseamt sind noch dort. Warum, frage nicht nur ich.

*Kann man da nichts machen?*

Vor den jeweils nächsten Wahlen in NRW will da niemand ran. Und da immer irgendetwas gewählt wird – Landtag, Bundestag, Kommunalparlament, EU-Wahlen –, thematisiert das keine Partei im Land zu keiner Zeit.

*Wäre das nichts für die aktuelle Große Koalition in Berlin?*

Im Koalitionsvertrag findet sich dazu keine Silbe. Eigentlich hätte dort stehen müssen: Wir vollenden die Einheit Deutschlands, indem alle Regierungsstellen und -mitarbeiter endlich nach Berlin geholt werden.

*Das also wäre schon mal ein Punkt, der sich im verflossenen Vierteljahrhundert nicht erfüllt hat. Was hat sich von Ihren seinerzeitigen Erwartungen als Illusion erwiesen, was wurde realisiert? Freut sich Berlin noch immer?*

Natürlich. – Aber Spaß beiseite: Ich hatte die Vorstellung, dass die gesamte DDR ein Bundesland werden sollte. Auch, weil es ein Äquivalent zu Nordrhein-Westfalen gewesen wäre mit etwa 17 Millionen Menschen. Dann hätten die Westdeutschen die Osis nicht so über den Löffel balbieren können.

*... wie es geschah.*

Wie es dann geschah.

*Und warum wurde aus dieser Idee nichts?*

Weil einzelne ostdeutsche Länder nicht mitspielten. Sachsen hielt sich mal wieder für was Besseres, war ein Freistaat. Thüringen ebenfalls. Das war Folklore und nicht macht- und deutschlandpolitisch durchdacht. Es gab auch mal kurzzeitig Stolpes Idee, aus Brandenburg, Niedersachsen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern ein Bundesland zu bauen. Doch der Gedanke erledigte sich, als Mecklenburg-Vorpommern vordruschte und gemäß Art. 23 GG seinen Beitritt zum Grundgesetz erklärte, bevor die Staatsverträge mit der DDR geschlossen waren. Das war natürlich genauso hinrissig wie der Antrag der DSU in der Volkskammer am 17. Juni 1990, sofort den Beitritt der DDR zu beschließen.

*Mit dem Druck aus dem Westen sind später auch andere Entscheidungen durchgesetzt worden. Mit dem politischen Willen dort wäre ein solches Bundesland durchaus herstellbar gewesen.*

Ja, aber das wollten sie ja nicht! Für die Gegner dieser Idee wäre es die Wiederaufstehung der DDR in anderer Form gewesen. Der Westen holte sich doch keinen starken Konkurrenten an den Hals, am wenigsten waren NRW, Bayern und Baden-Württemberg daran interessiert.

NRW, ich weiß nicht, ob das bekannt ist, hat sich einmal in dieses Ranking der Industrienationen der Welt, in welchem sich die DDR unter den ersten 10 sah, auf Rang 11 gesetzt.

Und auch auf der bundespolitischen Ebene war da nicht viel zu erwarten. Kohl hat einfach fortgesetzt, was ihm vertraut war, also kleinteilige Bundesländer. Da war keine perspektivische Idee, kein großer Wurf.

*Was war für Sie das größte Problem in jener Zeit?*

Nun ja, da gibt es keine Reihenfolge, das meiste war wichtig. Zum Beispiel hatten wir ähnliche Sorgen wie die Russen: Wir hatten für zwei Millionen Westberliner täglich die Existenz zu sichern, dazu mussten die Verbindungswege zwischen der Stadt und dem Bundesgebiet funktionieren. Also brauchten wir keine Wirren und Unruhen in der DDR. Und die Russen mussten ihre 600.000 Soldaten versorgen und deren Sicherheit garantieren. Was wäre geschehen, wenn sich plötzlich der kollektive Unmut gegen die Sowjetarmee gekehrt hätte? Sicherlich hätten die sich militärisch verteidigen können – aber zu welchem Preis? Die Folgen wären unabsehbar gewesen. Sie hatten eine Heidenangst, dass da was passieren könnte. Wir haben uns ständig mit Botschafter Kotschemassow, aber insbesondere mit Maxymitschew in der Ostberliner Vertretung der UdSSR beraten. Sie waren an unserer Lageeinschätzung interessiert.

Portugalow kam als eine Art Spion zu uns, weil sie sich in Moskau nicht erklären konnten, warum im Dezember '89/Januar '90 alles umkippte und in der DDR plötzlich vehement nach der deutschen Einheit gerufen wurde, beginnend etwa mit dem Kohl-Besuch in Dresden. In Moskau, sagte mir Portugalow, sehe man die DDR noch immer als den Getreuesten der Getreuen.



Anfang Oktober 1989 war Falin bei mir gewesen. Ich fragte ihn, was Generalsekretär Gorbatschow zum 40. Jahrestag der DDR sagen werde, und wie Moskau die deutsche Einheit in der Zukunft sehe. Daraufhin antwortete er mir diplomatisch, die Breshnew-Doktrin gelte nicht mehr, jeder Staat im Ostblock könne seinen eigenen Weg selbst bestimmen. Das bedeute, so Falin, dass Moskau der DDR nicht vorschreiben werde, wie sie mit Glasnost und Perestroika umzugehen gedenke. Aber selbst die Russen, so verstand ich ihn und so verstand ich Äußerungen sowjetischer Politiker in der Vergangenheit, empfanden die deutsche Teilung als temporär. Sie hatten dieses Thema zwar nie vordergründig behandelt, aber es war in ihrem Bewusstsein präsent, ab und an kam eine Äußerung aus dem Kreml, die zeigte, dass dort die deutsche Frage offen war.

Die Russen waren überhaupt nicht das Problem. Das waren sie nur in unserem, also dem westlichen Denken. Mich fragte damals wiederholt der britische Gesandte: Was ist, wenn die Russen kommen? Ich sagte ihm, dass sie erstens schon da wären, und zweitens: Was sollten sie besetzen? Das war doch ein Popanz! Ein zweites Kuba brauchten die Russen so wenig wie ein weiteres Afghanistan, wo sie bereits seit zehn Jahren auf verlorenem Posten kämpften. Die Briten und andere waren derart in ihrem Kalten-Krieg-Denken gefangen, dass sie nicht anders konnten. Es lag außerhalb ihrer Vorstellungskraft, dass die Russen freiwillig Deutschland aufgeben würden. Dieses Problem hatte die Thatcher. Die britische Premierministerin war davon überzeugt, dass die Russen zur DDR stehen und niemals gehen würden.

*Das glaubte man hier auch.*

Tja, da irrten sich viele im Osten wie im Westen.

*Es gab Ende 1989 Anfragen aus Großbritannien und Frankreich, wie Sie, Herr Momper, die Sache sehen und was zu machen wäre. Mitterrand besuchte im Dezember die DDR und schloss einen Fünfjahresvertrag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit ...*

Auf solche Fragen haben wir immer geantwortet: Alles, was die Lage in der DDR stabilisiert, ist von Nutzen. Die Entwicklung darf nicht aus dem Ruder laufen.

*Die Amerikaner waren mithin die Einzigen, die die Entwicklung forcierten.*

Ganz klar: Der US-Präsident Bush und sein Außenminister, oder umgekehrt, James Baker war der Aktivere, haben als einzige Siegermacht die Sache beschleunigt. Nicht uneigennützig, das gehört auch zur gern verschwiegenen Wahrheit. Baker hat überall antichambriert, strittige Punkte ausgeräumt, Widerstand niedergerungen, Kompromisse gesucht.

In jener Zeit liefen die Vorbereitungen der Open-Sky-Konferenz im kanadischen Ottawa, was hier angesichts der deutschen Probleme kaum wahrgenommen wurde. 1989 reanimierte Präsident George Bush die bereits 1955 von seinem Vorgänger formulierte Idee, dass die Großmächte als vertrauensbildende Maßnahme wechselseitig Beobachtungsflüge über ihre Territorien zulassen sollten. Die Sowjets hatten es damals abgelehnt, weil sie Spionage fürchteten. So war es sicherlich gedacht – aber ihnen wurde das Recht zu spionieren damit ja auch zugestanden. Bush schlug also diese Idee den Russen erneut vor, im Juni 1990 brachten die NATO-Staaten bei den Abrüstungsgesprächen in Wien die Sache aufs Tapet. Im März 1992 wurde in Ottawa der »Vertrag über den Offenen Himmel« von 27 Staaten unterzeichnet, darunter Russland, die Ukraine, Belorussland, Kirgisien. Dieser Vertrag, dem sich später weitere Staaten anschlossen, muss im Zusammenhang mit der Herstellung der deutschen Einheit gesehen werden. Die Amerikaner hatten von allen auswärtigen Mächten das größte Interesse daran, dass in Zentraleuropa die Dinge so liefen, was seit 1945 ihre Strategie in Bezug auf Europa war: Russen raus aus Zentraleuropa und dauerhaft sich selbst auf dem Kontinent festsetzen. Das schloss zwingend die Vorstellung ein, die NATO so weit wie möglich nach Osten, in die Nähe der russischen Grenze, auszudehnen. Der »Offene Himmel« war dazu ein wichtiger Schritt.

*War das jedem bewusst? Die DDR bzw. Ostdeutschland sollte doch ursprünglich NATO-frei bleiben.*

Wir führten dazu bei uns im Landesvorstand der SPD wiederholt Diskussionen. Vor allem beschäftigte uns die Frage, wie die künftige Sicherheitsarchitektur Europas aussehen könnte. Das werde die NATO sein, sagte ich, *mit* den Russen.

*Die nicht eingebunden wurden! Und die Europäische Union?  
Wäre die nicht als Alternative zur NATO denkbar gewesen.*

Das wäre bzw. ist die zivile Seite.

*Aber die dominierende Macht in der NATO ist kein europäischer Staat, das sind die USA. Ist, so muss man fragen, die EU wirklich Herr im europäischen Hause?*

Lord Ismay, von 1952 bis 1957 erster NATO-Generalsekretär, beantwortete die Frage »Wozu ist die NATO gut?« damals mit einem klaren Satz: »to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down«. Die Strategien haben sich seit 1990 geändert, die Interessen der USA inzwischen in den asiatisch-pazifischen Raum verlagert. Aber »to keep the Russians out« gilt unverändert. Eine zu große Nähe zwischen der EU und Russland wird nicht gern gesehen.

Nach meiner Überzeugung haben die Amerikaner noch nie eine langfristige Konzeption über den Umgang mit den Russen besessen. Es gibt Phasen, wo sie mit ihnen können und wollen, und mal geht es überhaupt nicht. Dann verkeilen sie sich geradezu ineinander. Europa, speziell die Bundesrepublik, hat in solchen Phasen zu leiden. Hinzu kommt noch, dass die Kanzlerin offenkundig keine Berater hatte, die etwas mit dem Osten am Hut haben. Das ist nicht gut. Die Linie von Außenminister Steinmeier in der letzten Großen Koalition war: so viele Kontakte mit den Russen wie möglich, damit die Beziehungen nicht konjunkturellen Schwankungen unterworfen werden können. Ich gehe davon aus, dass diese Politik jetzt wiederbelebt wird. Wir müssen vernünftig mit den Russen umgehen. Aber dagegen wird auch schon wieder moniert, einige gaben dem neuen Außenminister auf den Weg, er müsse etwas gegen sein »pro-russisches Image« tun.

*Leben die tradierten Feindbilder aus dem Kalten Krieg fort?*

Ach, die Amerikaner sind gar keine so kalten Krieger. Das läuft nur so weiter, weil sie kein neues Konzept bzw. kein Konzept für den Umgang mit dieser Großmacht Russland haben. Es interessiert sie auch nicht sonderlich.

*Sprung zurück in den Herbst 1989. Sie trafen sich am 29. Oktober mit Schabowski, dem Politbüromitglied, im Palast-Hotel. Am Tag darauf haben Sie auf einer Pressekonferenz in Westberlin ein neues Reisegesetz der DDR angekündigt und erklärt, dass Sie etwa 300.000 Besucher in Westberlin zu Weihnachten erwarteten. Diese Zahl, die Ihnen Schabowski nannte, hätte Sie doch stutzig machen müssen.*

Nö, warum?

*Mit einem normalen Reisegesetz so ein Ansturm?*

Sie meinen, das wäre ein dezenter Hinweis auf die beabsichtigte Öffnung der Grenze gewesen? Dies plante zu jenem Zeitpunkt nicht einmal die DDR-Führung. Die veröffentlichte am Montag, dem 6. November, das uns von Schabowski angekündigte Reisegesetz, was einen Sturm der Entrüstung in der DDR auslöste: Es enthielt Einschränkungen und Bearbeitungsfristen etc. Aufgrund dessen erfolgte die Überarbeitung, und diese präsentierte dann Schabowski am Abend des 9. November auf der Pressekonferenz, was zu den bekannten Folgen führte.

*Aber im Gespräch mit Schabowski im Palast-Hotel muss doch die Zahl gefallen sein, Sie werden sie sich nicht ausgedacht haben.*

Schabowski sagte, dass aktuell nur etwa zwei Millionen DDR-Bürger einen Pass besäßen, und ehe die alle ein Ausreisevisum bekommen und die anderen einen Pass beantragt hätten, würde einige Zeit vergehen. Ich warf ein, dass der Druck viel zu groß sei, da könne man wohl kaum derart bürokratisch vorgehen, doch er sah das nicht so. Für die Lage im Lande war mir Schabowski mehr als eine Spur zu gelassen. Nun ja, ein paar Tage später, als sie den Gesetzentwurf im *Neuen Deutschland* veröffentlichten, bekamen er und seinesgleichen die Quittung.

*Haben Sie später jemals mit Schabowski über diesen 9. November gesprochen?*

Nein, ich kenne nur seine und die publizierten Darstellungen anderer Verantwortlicher, die alle voneinander abweichen. Aber es wird deutlich, dass er sich nicht im Klaren darüber war, was er mit seiner leichthin gemachten Aussage, dass die Regelung *ab sofort* gelte, angerichtet hatte. Er fuhr nämlich an-

schließlich seelenruhig nach Wandlitz, sah im Fernsehen, wie sich die Massen an den Grenzübergängen versammelten, und kehrte dann erst an seinen Schreibtisch nach Berlin zurück. Also von einer vorsätzlichen, geplanten Handlung lässt sich da kaum sprechen. Der hat sich auf der Pressekonferenz einfach verquatscht. Mehr nicht.

*Die Öffnung der Grenze war doch eine Weltnachricht. Wieso verkündete sie Krenz als Generalsekretär nicht selbst?*

Weil die neue Reiseordnung der DDR keine Weltnachricht war! Wir dürfen doch nicht das spätere Wissen auf bestimmte Entscheidungen und Abläufe rückübertragen. Lesen Sie das Protokoll der ZK-Tagung, die Krenz verließ, um dem zur Pressekonferenz eilenden Schabowski die soeben besprochene Reiseordnung in die Hand zu drücken. Das war lediglich ein Punkt von mehreren, die im Plenum – an dem im Übrigen Schabowski nur zeitweise teilnahm – besprochen wurden. Zur Weltnachricht wurde diese Mitteilung doch erst durch Schabowskis Nachlässigkeit.

*25 Jahre später: Was hat sich an Erwartungen erfüllt, was nicht?*

Ich denke, dass Ossi und Wessi noch immer zu wenig voneinander wissen. Uns im Westen fehlt mehrheitlich Wissen über die DDR, das Leben dort war nicht nur, wie uns vermittelt wird, Schwarz und Weiß, es lebten dort nicht nur Böse und Gute. Erst sehr langsam, zu langsam, wie ich meine, wächst eine differenziertere Sicht. Im kulturellen Verständnis sind wir noch immer sehr verschieden. Und das zweite ist die ökonomische Frage. Es dauert viel, viel länger als erhofft, ehe ein entindustrialisierter Landstrich wieder normal funktioniert. Dazu bedarf es einer langfristigen und keiner kurzatmigen Strukturpolitik.

*In der DDR wurde eine langfristige Strukturpolitik durchaus entwickelt. In rückständigen, unterentwickelten Gebieten siedelte man bewusst Industrie an, man denke etwa an die Ostseeregion mit den Werften in Wismar, Rostock, Warnemünde, Stralsund und Wolgast, an die Uckermark mit dem Petrochemischen Kombinat Schwedt und den Papierfabriken, an Eisenhüttenstadt, an die Altmark mit dem Kernkraftwerk usw.*

Nun ja, aber da waren auch viele Rüstungsbetriebe darunter. Das ist für einen Staat immer das Einfachste.

*Bleiben wir mal in Berlin. Eigentlich entwickelten sich nach 1945 dort zwei Städte. Das hatte zur Folge, dass 1990 nahezu alles doppelt vorhanden war: Theater, Opern, Museen, Universitäten, Institute, Betriebe ...*

Das ist doch wunderbar.

*Das sehen möglicherweise die Institutionen, die aus eben diesem Grunde abgewickelt wurden, ein wenig anders. Aber das größte Problem war der Wegfall der Berlin-Förderung.*

Das hat reingehauen wie nichts. Faktisch fiel für die West-Berliner das 13. Monatsgehalt weg. Das war ein riesiger Verlust an Kaufkraft.

*Eine der größten Touristenattraktionen des heutigen Berlin sind die Reste der Mauer. Viel ist davon nicht mehr da. Warum wurde damals entschieden, alles abzureißen?*

Es war nicht absehbar, dass die Mauer einst zu einer gefragten Sehenswürdigkeit werden würde. Das bewegte sich außerhalb unserer Vorstellung. Das Denken kreiste nur um die Aufgabe: Die Mauer muss weg! Jeder Politiker, der damals erklärt hätte, wir wollen die Mauer mal stehen lassen, man weiß nie, wozu sie eines Tages taugt, wäre für verrückt erklärt worden.

*Aber warum blieben dann dennoch einige Abschnitte stehen?*

Weil damit auch Grundstücksgrenzen markiert wurden. Wenn diese Mauerstücke abgerissen worden wären, hätte man sie durch einen Zaun oder Ähnliches ersetzen müssen. Das Stück am Preußischen Landtag beispielsweise begrenzte das Grundstück des einstigen Gestapo-Geländes – jetzt Gedenkstätte »Topografie des Terrors« – zur Straße. Ähnlich verhielt es sich an der Bernauer Straße, da war es die Abgrenzung zum Friedhof, oder bei der Hinterlandmauer in Friedrichshain, die dann zur Eastside-Gallery wurde. So wurde aus dieser pragmatischen Notwendigkeit ein Gedenkort.

*Apropos Denkmal. Sie gehören dem Förderkreis an, der sich u. a. für den Friedhof in Friedrichsfelde mit der Gedenkstätte der Sozialisten engagiert. Auf keinem Gottesacker der Republik liegen so viele Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung wie dort. Wilhelm Liebknecht, der 1900 als erster Parteiführer in Friedrichsfelde beigesetzt worden war, folgten viele namhafte Sozialdemokraten, später auch Kommunisten – Mies van der Rohe setzte ihnen ein Denkmal, das die Nazis später schleiften. In der westdeutschen Wahrnehmung kommt dieser Friedhof nicht vor. Ist das der Grund für Ihr Engagement?*

Politik braucht Symbole. Und wir brauchen in der deutschen Hauptstadt auch Nationaldenkmale, historische Orte der Demokratie. Der Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain beispielsweise ist der Paulskirche in Frankfurt am Main und dem Schloss Hambach durchaus adäquat. Aber er ist nicht im öffentlichen Bewusstsein präsent. Das sehe ich als Aufgabe, Orte der positiven Teile der deutschen Geschichte angemessen herauszustellen und sie bewusstzumachen. 1848 war ein Ruhmesblatt der deutschen demokratischen Geschichte. Die Beschränkung auf die negativen Elemente – ich nenne als Reizworte nur Sachsenhausen und Hohenschönhausen – ist einseitig und genügt nicht zur demokratischen Erziehung.

Der Verein, dem ich angehöre, ist nahezu paritätisch besetzt mit Mitgliedern der SPD und der Linken. Die Gedenkstätte der Sozialisten ist ein nationales Denkmal für die Zeit der DDR, es steht aber auch für die gemeinsame Geschichte von Sozialisten und Kommunisten. Oder der Friedrichshain mit dem Friedhof der Märzgefallenen, mit dem Denkmal für die Spanienkämpfer, mit dem Denkmal für die Polen, die bei der Befreiung Berlins starben, mit dem bewachsenen Trümmerberg »Mont Klammott« etc.: das ist eine einzigartige Geschichtslandschaft. Vergleichbares gibt es in Westdeutschland nicht. Es gibt dort auch nirgendwo ein Denkmal für die Freiwilligen, die die Spanische Republik zwischen 1936 und 1939 verteidigten ...

*Wohl aber wird an die Deutschen erinnert, die Franco halfen: Im Westteil Berlins gibt es beispielsweise die Spanische Allee.*

Ja, das waren die anderen ... Wenn man sich europäische Hauptstädte anschaut, wird man feststellen, dass die meisten

vollgestellt sind mit Denkmälern aus Jahrhunderten. Wir hier in Berlin haben die meisten geschleift, erst nach dem Krieg und dann nach der Einheit. Wir müssen eine historisch erlebbare Stadt gestalten, die alle Elemente der Geschichte angemessen darstellt.

*Wie groß ist dafür das Interesse in der politischen Klasse dieses Landes?*

Ich würde nicht nach dem Interesse der Politiker, sondern nach dem der Berlin-Besucher, der normalen Menschen, fragen. Dass deren Interesse an Originalschauplätzen, an Orten mit Geschichte, sehr groß ist, sehen wir doch etwa am früheren Checkpoint Charly in der Friedrichstraße oder bei der »Topografie des Terrors«. Besonders jüngere Menschen ohne eigene Erinnerung – wir Älteren gehören ja zur sogenannten Erlebnisgeneration, weil wir die »Geschichte« erlebten – interessieren sich sehr für authentische Orte, die sie nur aus den Geschichtsbüchern kennen. Aber, und darum ist der Friedhof der Märzgefallenen so wichtig, es müssen eben auch die positiven Elemente unserer Geschichte stärker als bislang herausgestellt werden. Eine einseitige Fixierung auf Täter, Unterdrückung und Krieg stärkt nicht unbedingt das demokratische Empfinden und ein differenziertes Bild von der Vergangenheit.

*Und wie sieht das aus mit der Fixierung auf DDR-Geschichte? Wenn Jahrestage begangen werden – 17. Juni 1953, 13. August 1961, 9. November 1989 etc. –, sind das genuin DDR-Ereignisse. Es scheint keine bundesdeutsche Geschichte gegeben zu haben.*

Ich denke, dass das »Phänomen DDR« den Westdeutschen erst einmal erklärt werden muss. Das Thema DDR beschäftigt ja auch Ihren Verlag, und auch Ihre Bücher nehmen nicht nur Ostdeutsche, sondern auch Westdeutsche in die Hand. Nun werde ich nicht jedes Ihrer Bücher lesen, wie ich nicht jeden Film und jede Ausstellung über die DDR als wahr und zutreffend empfehlen werde. Aber aus den unterschiedlichen Sichten und Darstellungen entsteht, wie aus vielen Puzzleteilen, ein sehr detailliertes Bild, das der historischen Wirklichkeit nahekommt.



*2014 wird es sehr viele Publikationen geben, die sich mit dem »Fall der Mauer« beschäftigen, und auch dieses Buch erscheint aus diesem Anlass. Sie vermitteln darin die Sicht eines Sozialdemokraten, der einen großen Teil seines Lebens im Westteil einer 28 Jahre lang geteilten Stadt zubrachte und der in jenem Herbst '89 mehr oder minder zufällig Regierender Bürgermeister war.*

Ja, es ist meine subjektive Sicht. Andere haben andere Erfahrungen gemacht, die sich von meinen unterscheiden. Aber ich sagte ja bereits, dass sich das Bild der Vergangenheit aus unterschiedlichen Facetten zusammensetzt. Die ganze Wahrheit gibt es nie aus einem Guss oder an einem Stück. Das ist *meine* persönliche Wahrheit.

*Das Gespräch führten Peter Brinkmann und Frank Schumann im Dezember 2013*